

3,90 €

# Robert Jungk und die Anti-Atomkraft- Bewegung

**Erstellt von Mag. Luisa Pichler**

In der Reihe S:Z:D Arbeitspapiere  
der Robert-Jungk-Stiftung

Die Autorin: Mag. Luisa Pichler, Jg. 1986, hat an der Universität Salzburg Geschichte studiert und ist derzeit dabei, ihr Studium der Anglistik und Amerikanistik abzuschließen. Sie ist als wissenschaftliche Mitarbeiterin/Doktorandin am Fachbereich Geschichte der Universität Salzburg tätig.

Die S:Z:D Arbeitspapiere werden von der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen JBZ (Leiter: Dr. Walter Spielmann) in Partnerschaft mit den Salzburger:Zukunfts:Dialogen herausgegeben. Ansprechpartner für das Projekt ist Mag. Stefan Wally MAS. Die Inhalte der Arbeitspapiere geben nicht notwendigerweise die Meinung der Robert-Jungk-Bibliothek oder der Salzburger:Zukunfts:Dialoge wieder, sie sollen Diskussionen anregen.  
Salzburg: JBZ-Verlag, 2012. ISBN 978-3-902876-05-8

Bisher erschienen:

- Nr. 1/David Röthler/Government 2.0
- Nr. 2/Minas Dimitriou/Sport zwischen Inklusion und Exklusion
- Nr. 3/Nimet Ünal/Migration und schulischer Erfolg
- Nr. 4/Georg Gruber/Zukunftsvorstellungen junger AsylwerberInnen
- Nr. 5/Achim Eberspächer/R. Jungk: Zukunftsforscher u. Führungszeichen
- Nr. 6/Silvia Augeneder/Kommerzialisierung menschlicher Körperteile
- Nr. 7/Bärbel Maureder/Der Salzburger IT Arbeitsmarkt
- Nr. 8/Barbara Eder/Freiwilligentätigkeit in Österreich
- Nr. 9/Silvia Augeneder et al/Diese Entwicklungen werden Salzburg bis 2030 prägen
- Nr. 10/Reinhard Hofbauer/Lebensqualität als alternative Zielformel
- Nr. 11/Sandra Filzmoser/Wohlbefinden und Engagement
- Nr. 12/Edgar Göll/Governance-Modelle der Zukunft
- Nr. 13/Martin Reindl/ Die Patientenverfügung
- Nr. 14/Iwan Pasuchin/Mediengestaltung als demokratische Erfahrung
- Nr. 15/ Katharina Gammer/Robert Jungk, die frühen Jahre

[www.salzburg.gv.at/szd](http://www.salzburg.gv.at/szd)

[www.arbeitspapiere.org](http://www.arbeitspapiere.org)

[www.jungk-bibliothek.at](http://www.jungk-bibliothek.at)

## Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	4
2. Gegner der militärischen Atomenergienutzung. Robert Jungk und die Friedensbewegung	5
3. Widerstand gegen die ‚friedliche‘ Atomenergienutzung. Robert Jungk und die Anti-Atomkraft-Bewegung	10
3.1 Robert Jungk und die bundesdeutsche Anti-Atomkraft-Bewegung	12
3.2 Robert Jungk und die österreichische Anti-Atomkraft-Bewegung	24
3.3 Der „Atomstaat“ als Standardwerk der Anti-Atomkraft-Bewegung	29
3.4 Wie Robert Jungk die Anti-Atomkraft-Bewegung charakterisierte	33
4. Ausblick	35

## 1. Einleitung

Der Journalist, Buchautor und Zukunftsforscher Robert Jungk widmete dem Kampf gegen die militärische und ‚friedliche‘ Nutzung der Atomenergie viele Jahre seines Lebens. Wenn in diesem Arbeitspapier ein Aspekt dieses Engagements, nämlich Jungks Einsatz für die Anti-Atomkraft-Bewegung, im Detail betrachtet wird, so darf dennoch die ‚Vorgeschichte‘ nicht fehlen: Jungk war zunächst in der Friedensbewegung, die für eine nukleare Abrüstung plädierte, aktiv. Von den Recherchen über die Folgewirkungen der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki geprägt, trug er mit seinen Büchern, Kommentaren und Reden zur Emotionalisierung der deutschen Rüstungsdebatte bei. Mit dem Aufkommen der deutschen Anti-Atomkraft-Bewegung in den 1970er-Jahren wurde Jungk von Protestierenden eingeladen, in ihr mitzuwirken. Bald war er ein wichtiger Bestandteil dieser neuen sozialen Bewegung.

Für Jungk lagen die Bewegungen gegen die militärische und die ‚friedliche‘ Atomenergienutzung gar nicht so weit auseinander. In seinem Bestseller „Der Atomstaat“, der 1977 erschien, hatte er markant formuliert, dass sich die „Atome für den Frieden“ nicht prinzipiell von den „Atomen für den Krieg“<sup>1</sup> unterscheiden würden. Während sich die technische Nutzbarmachung der Kernspaltung zunächst ausschließlich gegen militärische Gegner gerichtet habe, gefährde sie nun die eigenen Bürger. Auch dem Historiker Joachim Radkau ist das Naheverhältnis der militärischen und ‚friedlichen‘ Atomdimension aufgefallen, denn in seiner Weltgeschichte der Ökologie fragt er: „Oder stand letztlich doch Hiroshima am Anfang der Anti-AKW-Bewegung: eine sichtbare, offensichtliche Katastrophe schrecklichster Art?“<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Jungk, R. (1977). *Der Atomstaat. Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit*. München: Kindler, IX.

<sup>2</sup> Radkau, J. (2011a). *Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte*. München: Verlag C. H. Beck, 210.

Vor dem Hintergrund dieser Bemerkungen bezieht dieses Papier nachfolgend beide Aspekte von Jungks Anti-Atomkampf ein. Einleitend wird in einem kurzen Überblick auf Jungks Arbeit für die Friedensbewegung eingegangen, bevor seine Tätigkeit in den und seine Bedeutung für die Anti-Atomkraft-Bewegungen Deutschlands und Österreichs ausführlich behandelt werden. Zwei kürzere Kapitel befassen sich abschließend mit Jungks zentralem Werk zu den Gefahren der ‚friedlichen‘ Atomenergienutzung, dem Buch „Der Atomstaat“, sowie mit Jungks Meinungen über die Anti-Atomkraft-Bewegung.

## 2. Gegner der militärischen Atomenergienutzung. Robert Jungk und die Friedensbewegung

*„Welchen enormen Eindruck auf mich die Nachrichten über den Abwurf der zwei Nuklearbomben und die dadurch bewirkten Zerstörungen gemacht haben, erkenne ich daran, daß meine Erinnerung an den Tag der deutschen Kapitulation im Vergleich zu dem Entsetzen über den Untergang von Hiroshima und Nagasaki völlig verblaßt ist.“<sup>3</sup>*

Der Schock, dass die Amerikaner – „unsere Seite“, wie er festhielt – zu solch unmenschlicher Handlung fähig waren, saß bei Robert Jungk tief und war vermutlich einer der Gründe für sein jahrelanges Eintreten gegen die militärische Nutzung der Atomenergie. Zunächst beschränkte sich Jungks Engagement auf den publizistischen Weg. Erschüttert von den Erzählungen der Überlebenden von Hiroshima, wandte er sich schließlich immer häufiger vom Schreibtisch ab, um bei Demonstrationen und Kundgebungen aktiv gegen die nukleare Rüstung zu protestieren.

<sup>3</sup> Jungk, R. (1993). *Trotzdem. Mein Leben für die Zukunft*. München u. Wien: Carl Hanser Verlag, 209.

## 2.1 ‚Anschreiben‘ gegen das nukleare Wettrüsten

In seinem ersten Buch „Die Zukunft hat schon begonnen. Amerikas Allmacht und Ohnmacht“ von 1952 beschäftigte sich Jungk u. a. mit atomarer Rüstung. Er berichtete kritisch über amerikanische Rüstungslaboratorien, geheime Atomanlagen und Atombombentests sowie über die schlimmen Bedingungen beim Uranabbau. Für sein zweites Werk, „Heller als tausend Sonnen. Das Schicksal der Atomforscher“ (1956), drang Jungk noch weiter in die Materie ein. Um die Geschichte der Atombombe und ihrer ‚Schöpfer‘ zu erforschen, interviewte er zwischen 1953 und 1955 zahlreiche Atomwissenschaftler und wohnte 1953 sogar einem Atombombentest in der Wüste von Nevada bei. Die Detonation hinterließ bei Jungk einen kaum fassbaren Eindruck: „Die Welt zerriß, löste sich auf in überirdisch glänzende Lichtbündel. Nicht nur jetzt in diesem endlosen Augenblick, sondern für immer. Sie konnte nie mehr die gleiche für mich sein.“<sup>4</sup>

Nach dem Erscheinen von „Heller als tausend Sonnen“ widmete sich Jungk ohne Unterbrechung sogleich einem neuen Projekt, was er in seiner Autobiografie mit der „Zuspitzung der atomaren Situation“<sup>5</sup> begründete. Denn im Herbst 1956 begann sich die deutsche Bundesrepublik für eine eigene Atombewaffnung zu interessieren. Dass sich dagegen unter einigen deutschen Atomwissenschaftlern Widerstand regte, der im sogenannten „Göttinger Manifest“ vom 18. April 1957 verschriftlicht wurde,<sup>6</sup> führte Jungk mitunter auf den Einfluss seines letzten Buches zurück. Gleichzeitig spornte ihn der Eindruck, die breite Öffentlichkeit würde „kollektiv wegschauen“<sup>7</sup> und die nuklearen Gefahren unterschätzen, dazu an, die Bevölkerung ‚aufzurütteln‘. Er bahnte ein Buchprojekt an, das die Wirkungen und gesundheitlichen Langzeitfolgen der Atombombenabwürfe beleuchten sollte. Für

<sup>4</sup> Jungk, *Trotzdem*, 273.

<sup>5</sup> Ebd., 305.

<sup>6</sup> Vgl. „Göttinger Manifest“: DHM Website, [http://www.hdg.de/lemo/html/dokumente/JahreDesAufbausInOstUndWest\\_erklaerungGoettingerErklaerung/index.html](http://www.hdg.de/lemo/html/dokumente/JahreDesAufbausInOstUndWest_erklaerungGoettingerErklaerung/index.html) (zuletzt abgerufen am: 16.02.2012).

<sup>7</sup> Jungk, *Trotzdem*, 305.

seine Recherchen besuchte er im Jahr 1956 zum ersten Mal Hiroshima. Diese Reise gilt als Schlüsselerlebnis in Jungks Biografie. Vor Ort führte er Gespräche mit „versehrten oder todgeweihten“<sup>8</sup> Überlebenden, die ihn dermaßen berührten, dass er es als seine Verpflichtung sah, fortan für die „vielen unschuldigen Kriegsgesopfer, die nicht mehr sprechen konnten, die Stimme [zu] erheben“.<sup>9</sup> Nach Europa zurückgekehrt, verließ Jungk seinen Schreibtisch immer häufiger, um in Komitees und auf Versammlungen die wachsende Anti-Atom(waffen)bewegung zu unterstützen. Sein Bericht aus Hiroshima erschien 1959 unter dem Titel „Strahlen aus der Asche. Geschichte einer Wiedergeburt“.

## 2.2 Aktiv in der Friedensbewegung

Jungks aktives Engagement galt zunächst v. a. dem Widerstand gegen die atomare Aufrüstung der deutschen Bundesrepublik. Mit seinen schockierenden Schilderungen aus Japan emotionalisierte er die „vorwiegend mit papiernen und statistischen Argumenten“<sup>10</sup> geführte Debatte. Ein erster Höhepunkt seines Einsatzes war der Auftritt bei einer Veranstaltung der „Kampf dem Atomtod“-Bewegung, einer von der SPD, den Gewerkschaften, der evangelischen Kirche und einzelnen Persönlichkeiten organisierten Kampagne gegen Atombewaffnung, im März 1958. Da die Großorganisationen, und darunter besonders die SPD, die Bewegung politisch, finanziell und organisatorisch weitgehend bestimmten, liegt es nahe, dass ein Schwenk in der Parteilinie wie auf dem Parteitag in Bad Godesberg 1959 rasch dazu führen konnte, die „Kampf dem Atomtod“-Bewegung finanziell und organisatorisch abzuwürgen.<sup>11</sup> Zu Beginn der 1960er-Jahre setzte die Bewegung gegen nukleare Rüstung (Friedensbewegung) ihre Arbeit daher u. a. in der politisch unabhängigen „Ostermarschbewegung“ fort. Sie

<sup>8</sup> Ebd., 314.

<sup>9</sup> Ebd.

<sup>10</sup> Jungk, *Trotzdem*, 315.

<sup>11</sup> Vgl. Buro, A. (2008). Friedensbewegung. In: R. Roth u. D. Rucht (Hg.), *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*. 267-291. Frankfurt/M. u. New York: Campus Verlag, hier: 272f.

schrumpfte schließlich zusammen, als die Forderungen nach atomarer Rüstung vonseiten der Politik zurückgingen.<sup>12</sup>

Ende der 1950er- bzw. Anfang der 1960er-Jahre setzte sich Robert Jungk auch an anderen europäischen Schauplätzen aktiv gegen die militärische Nutzung der Atomenergie ein. London, Paris, Mailand und Stockholm waren nur einige der Orte, an denen sich der Protest der Friedensbewegung gegen die atomare Rüstung manifestierte und an die Jungk ‚gerufen‘ wurde.<sup>13</sup> In Österreich übernahm Jungk 1960 den Vorsitz der „Österreichischen Anti-Atombewegung“. Er beteiligte sich des Weiteren auch in der Schweiz an der Debatte um eine eigene Nuklearbewaffnung, wobei er entschieden dagegen auftrat. Als regelmäßiger Berichterstatter der Züricher „Weltwoche“ besaß Jungk – wie er vermutete – einen gewissen Einfluss auf die öffentliche Meinung. Das missfiel dem neuen Chefredakteur des Blattes, Leonhardt Stucki, der Jungk rasch nahe legte, sich in dieser Angelegenheit nicht mehr öffentlich zu äußern. Da diese Vorgabe für Jungk unannehmbar war, lösten sie das Arbeitsverhältnis im Jahr 1958. In Folge erging es ihm wie anderen SchriftstellerInnen, KünstlerInnen und PolitikerInnen, die gegen die atomare Rüstung des Westens Stimmung machten: Er wurde als „heimlicher Verbündeter der kommunistischen Regimes“<sup>14</sup> verleumdet.

Jungk setzte sein Engagement gegen die nukleare Rüstung Ende der 1950er-Jahre als Beobachtender, Berichtender und als Vortragender auf verschiedenen Anti-Atomwaffen-Kongressen fort. Im September 1958 berichtete er für die „Zeit“ von der „Dritten Pugwash-Konferenz“ in Kitzbühel. Die „Pugwash“-Bewegung war eine von Bertrand Russell und Albert Einstein ins Leben gerufene Vereinigung von Wissenschaftlern gegen Atomrüstung. Was Jungk an dieser Tagung am meisten faszinierte, waren die scheinbare Leichtigkeit des Ideenaustausches und der Zusammenarbeit von Wissenschaftlern aus West und Ost. Da alle Teilnehmer als Privatpersonen

<sup>12</sup> Vgl. Mez, L. (1981). Bundesrepublik Deutschland – Der unaufhaltsame Aufstieg zur Atommacht. In: Ders. (Hg.), *Der Atomkonflikt. Berichte zur internationalen Atomindustrie, Atompolitik und Anti-Atom-Bewegung*. 29-53. Reinbek b. Hamburg: Rowohlt, hier: 45.

<sup>13</sup> Vgl. Jungk, *Trotzdem*, 323.

<sup>14</sup> Jungk, *Trotzdem*, 317.



kamen, war ein neuer Gesprächsstil möglich und in den Debatten überwogen nicht mehr die sonst üblichen ‚Njets‘ und ‚Nos‘. Schließlich begnügten sich die Wissenschaftler auch nicht mehr damit, gegen den Atomtod zu protestieren, sondern es war ihnen gelungen, „praktische Vorschläge für die Stärkung des Vertrauens in der ganzen Welt“ zu machen und so der Gefahr eines Atomkrieges „mehr und mehr den Boden zu entziehen“.<sup>15</sup> Jungk schloss seinen Bericht – zugleich kritisch und hoffnungsvoll – mit der wichtigen Frage: „Werden die Politiker folgen?“<sup>16</sup> Ein ähnlich konstruktives Gesprächsklima zwischen West und Ost erfuhr Jungk auf einem vom europäischen „Komitee gegen Atomrüstung“ ausgerichteten „Kongress für Atomabrüstung“ im Jänner 1959 in London. Jungk trat hier selbst als Redner auf und rief in seiner „Charta der Hoffnung“ die EuropäerInnen dazu auf, für die atomare Abrüstung einzutreten: „WIR EUROPÄER [Hervorhebung im Original] ... sind entschlossen, die drohenden Entwicklungen, die sich aus der auf immer neue Länder übergreifenden nuklearen Aufrüstung ergeben, rechtzeitig zu erkennen und, soweit es in unserer Macht steht, zu verhindern, daß diese Entwicklung andauere, denn wir hoffen auf eine heile Welt, aus der Furcht und Not verbannt sein werden. ... Deshalb müssen wir die atomaren Massenvernichtungsmittel aller Kaliber, deren Einsatz nicht nur gegenwärtiges, sondern auch künftiges Leben unwiderruflich zerstören würde, als Instrument jeder Politik ablehnen ...“.<sup>17</sup>

Kurz nach Erscheinen seines Buches „Strahlen aus der Asche“ besuchte Jungk Hiroshima ein zweites Mal, um ein deutsches Filmteam beim Dreh beratend zu unterstützen. Abermals führte Jungk Gespräche mit Überlebenden des Atombombenabwurfs. Dabei wurde ihm mehr als zuvor bewusst, dass die Bombe, neben ihrer verheerenden Sofortwirkung, durch die Freisetzung der Strahlung auch Zukünftiges zerstöre. Da es für die „Noch-nichtgeborenen“ keine Vertretung, keine Lobby gab, setzte sich Jungk zum

<sup>15</sup> Jungk, R. (1958). *Ist Vertrauen im Atomzeitalter möglich? Als Beobachter auf der „Dritten Pugwash-Konferenz“ in Kitzbühel*. In: Die Zeit v. 25.09.1958.

<sup>16</sup> Ebd.

<sup>17</sup> Jungk, R., zitiert nach: Jungk, *Trotzdem*, 539.

Ziel „Verteidiger der Kommenden“<sup>18</sup> zu werden. In seiner Überlegung, dass die ZeitzeugInnen im Atomzeitalter über die Gegenwart hinausblicken müssten, erkennt man erste Ansätze von Jungks Zukunftsdenken. In den 1960er-Jahren widmete er sich – inspiriert durch den französischen Kulturphilosophen Bertrand de Jouvenel – besonders dem neuen Feld der Zukunftsforschung.<sup>19</sup> Er knüpfte die Futurologie dabei eng an die Friedensbewegung, in der er aktiv blieb. Jungk gebar etwa die Idee „Mankind 2000“, die eine Sammlung konkreter Utopien bzw. Visionen einer besseren Welt darstellen sollte, wobei den „Kriegstreibern und Aufrüstern alternative und begeisternde Friedensziele“<sup>20</sup> gegenübergestellt werden sollten.

### 3. Widerstand gegen die ‚friedliche‘ Atomenergienutzung. Robert Jungk und die Anti-Atomkraft-Bewegung

*„Mit der technischen Nutzbarmachung der Kernspaltung wurde der Sprung in eine ganz neue Dimension der Gewalt gewagt. Zuerst richtete sie sich nur gegen militärische Gegner. Heute gefährdet sie die eigenen Bürger. Denn ‚Atome für den Frieden‘ unterscheiden sich prinzipiell nicht von ‚Atomen für den Krieg‘.“<sup>21</sup>*

Die Anti-Atomkraft-Bewegung (synonym: Anti-Atomkraftwerks-Bewegung) „umfasst die Individuen, Gruppen und Organisationen, die sich im Rahmen eines größeren, netzwerkartigen Zusammenhangs, dem sie sich selbst zurechnen, aktiv und insbesondere mit Mitteln des kollektiven öffentlichen Protests gegen die zivile Nutzung der Atomenergie wenden“.<sup>22</sup> Meist bezieht sich die Ablehnung von Atomkraft nicht auf eine einzige Anlage (ein

<sup>18</sup> Jungk, *Trotzdem*, 328.

<sup>19</sup> Vgl. Ebd., 341-343.

<sup>20</sup> Ebd., 360.

<sup>21</sup> Jungk, R. (1977). *Der Atomstaat*, IX.

<sup>22</sup> Rucht, D. (2008). Anti-Atomkraft-Bewegung. In: Roth u. Rucht (Hg.), *Die sozialen Bewegungen*. 245-266, hier: 246.

Kraftwerk, eine Wiederaufbereitungsanlage oder ein Atommülllager), sondern richtet sich gegen jegliche Nutzung der Atomenergie weltweit. Diese Haltung der AtomgegnerInnen begünstigt deshalb auch einen transnationalen Austausch zwischen Anti-Atomkraft-Bewegungen, wenngleich die Kommunikation der einzelnen Initiativen innerhalb eines Landes im Vordergrund stünde. Da die Grenzen zwischen ziviler und militärischer Nutzung der Atomenergie fließend seien, setze sich die Mehrheit der Atomkraft-GegnerInnen gegen beide Nutzungsarten ein. Hier gab und gibt es Überschneidungen zwischen der Anti-Atomkraft- und der Friedensbewegung.<sup>23</sup> Auch zur Umwelt- oder Ökologiebewegung besteht ein Nahverhältnis und „zuweilen wird auch die Anti-Atomkraft-Bewegung als thematisch spezialisierter Teil einer weitgefassten Umweltbewegung verstanden“.<sup>24</sup> In diesem Beitrag liegt der Fokus jedoch auf der Anti-Atomkraft-Bewegung im engeren Sinne.

Um ihre unmittelbare Zielsetzung, nämlich die vollständige Abkehr von der zivilen Nutzung der Atomenergie, zu erreichen, verwendet die Bewegung unterschiedliche Argumente: Neben der Katastrophengefahr werden auch wirtschaftliche Bedenken wie Unwirtschaftlichkeit und ökonomische Schädigung von Anrainergruppen wie LandwirtInnen, WinzerInnen, Fremdenverkehrsbetrieben sowie die ungelöste Entsorgungsfrage angeführt. In Deutschland stammt(e) die überwiegende Mehrheit der AtomgegnerInnen aus der politischen Linken, weswegen zunächst auch strukturelle Kritik am Vorrang des betriebswirtschaftlichen Profits vor dem Gemeinwohl und Warnungen vor einem „Atomstaat“, der die BürgerInnen überwachen würde, standen.<sup>25</sup> Das Argument des Gefahrenpotenzials – dazu zählen Unfälle aufgrund technischen und/oder menschlichen Versagens, radioaktive Emissionen im Normalbetrieb, Strahlungsrisiken bei der Zwischen- und Endlagerung des radioaktiven Abfalls sowie die Freisetzung von Strahlung

<sup>23</sup> Vgl. Rucht, *Anti-Atomkraftbewegung*, 246.

<sup>24</sup> Ebd., 247.

<sup>25</sup> Vgl. Rucht, *Anti-Atomkraftbewegung*, 256-258. Zum Buch „Atomstaat“ von Robert Jungk siehe Kapitel 3.3.

durch externe Einflüsse wie Erdbeben, Kriege oder terroristische Aktionen – blieb aber das wichtigste und mobilisierungskräftigste.<sup>26</sup>

In der Bundesrepublik Deutschland und in Österreich, den beiden Ländern, die nachfolgend näher betrachtet werden, wurden die Anti-Atomkraft-Bewegungen Mitte der 1970er-Jahre aktiv. Damit erfolgte ihre Entstehung im internationalen Gleichklang, denn auch in Frankreich, Schweden, Großbritannien, Japan, der Schweiz und den Niederlanden fanden zu dieser Zeit erste Widerstandsaktionen gegen die zivile Atomenergienutzung statt. In den USA hatte die Anti-Atomkraft-Bewegung in den 1970er-Jahren bereits ihren Höhepunkt überschritten, denn dort hatte der Protest gegen Atomwaffentests direkt in den Protest gegen die zivile Nutzung der Kernenergie umgeschlagen und war in den 1960er-Jahren kulminiert. Da keine neuen Atomkraftanlagen in Planung waren, ebte der amerikanische Protest ab, bevor der Widerstand in Europa richtig einsetzte.<sup>27</sup>

### 3.1 Robert Jungk und die bundesdeutsche Anti-Atomkraft-Bewegung

„Der wachsende Widerstand der Bürger gegen die Kernkraftwerke, den ich von 1976 bis 1979 in mehr als hundert Reden, Interviews, Artikeln, Kolumnen anzuregen versuchte, bewies mehr Wirklichkeitssinn als die hochwissenschaftlichen Berechnungen der Risikomathematik, durch die ... bewiesen werden sollte, daß sich größere Reaktorunfälle, wenn überhaupt, nur einmal in Jahrhunderten ereignen könnten.“<sup>28</sup>

Mitte der 1950er-Jahre wurden in der Bundesrepublik Institutionen eingerichtet, die sich mit Fragen der zivilen Atomenergienutzung beschäftigten,

<sup>26</sup> Vgl. Ebd., 258.

<sup>27</sup> Vgl. Radkau, *Die Ära*, 217; Radkau, J. (2011b). *Eine kurze Geschichte der deutschen Antiatomkraftbewegung*. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), Nr. 46-47/2011, 8. (Online abrufbar:

[http://www.bpb.de/publikationen/751KHV,0,Eine\\_kurze\\_Geschichte\\_der\\_deutschen\\_Antiatomkraftbewegung.html](http://www.bpb.de/publikationen/751KHV,0,Eine_kurze_Geschichte_der_deutschen_Antiatomkraftbewegung.html); Rucht, D. (1980). *Von Wylh nach Gorleben. Bürger gegen Atomprogramm und nukleare Entsorgung*. München: Verlag C. H. Beck (Beck'sche Schwarze Reihe, 222), 79-80.

<sup>28</sup> Jungk, *Trotzdem*, 471.

darunter das Bundesministerium für Atomfragen. Das 1958 von der Regierung verabschiedete Erste Atomprogramm sah die Entwicklung und den Bau fünf verschiedener industrieller Reaktorlinien (in Entsprechung der fünf beteiligten Unternehmen) bis zum Jahr 1965 vor. Das Programm erwies sich als Fehlschlag. Doch unabhängig vom Atomprogramm hatten auch die Firmen AEG und General Electric gemeinsam einen Reaktor entwickelt, der als erster über das Versuchsstadium hinausging und 1960 in Kahl am Main ans Netz angeschlossen wurde. Ein zweiter Reaktor wurde 1966 in Gundremmingen in Betrieb genommen.<sup>29</sup> In der Bevölkerung gab es zwar Vorbehalte gegen die Einführung der Atomenergie, allerdings kam es in den 1950er- und 1960er-Jahren nur sehr selten und dann ausschließlich zu lokalen Protesten, wenn etwa ein Atomkraftwerk im eigenen Ort angesiedelt werden sollte. Die ersten organisierten Bürgereinsprüche erfolgten erst 1970/71 gegen geplante Atomkraftwerke in Breisach, Esensham, Neckarwestheim und Bonn. Die Atomlobby reagierte darauf – was heute abgehoben wirkt – „eher verwundert als besorgt, galt doch der Bürgerprotest als Ausdruck mangelnder Sachkenntnis“.<sup>30</sup>

### 3.1.1 Am Anfang stand Wyhl

Die AtomkraftgegnerInnen konnten an die Organisationsform der Bürgerinitiative, die in der Bundesrepublik zuvor für die Bereiche Stadtsanierung, Verkehr und Bildung etabliert worden war, anknüpfen.<sup>31</sup> Zum Zentrum der ersten Widerstandsaktionen wurde der badische Raum am Oberrhein, wo sich der Protest verdichtete und die Bewegung an Masse gewann. Der Widerstand in Breisach hatte dazu geführt, den Bauplatz ins südbadische Wyhl zu verlegen, wo nun ein Sturm der Entrüstung losbrach. Beeinflusst von Protesten auf der französischen Rheinseite, kam es im Februar 1975 in Wyhl zu einer spektakulären Bauplatzbesetzung. Von dieser mehrmonatigen Aktion ging eine bedeutende Signalwirkung auf die gesamte Anti-

<sup>29</sup> Vgl. Rucht, *Anti-Atomkraftbewegung*, 248.

<sup>30</sup> Rucht, *Anti-Atomkraftbewegung*, 249. Zur deutschen Atomindustrie und –politik siehe auch: Mez, *Bundesrepublik*.

<sup>31</sup> Vgl. Rucht, *Von Wyhl*, 81.

Atomkraft-Bewegung aus. Da die BesetzerInnen in der Lokalbevölkerung großen Rückhalt besaßen, scheute die Landesregierung davor zurück, mit Brachialgewalt gegen sie vorzugehen. Stattdessen wurden Verhandlungen angesetzt, die schließlich in einem Kompromiss endeten: Die BesetzerInnen zogen ab, nachdem die Landesregierung einen befristeten Baustopp versprach sowie zusagte, auf eine straf- und zivilrechtliche Verfolgung der Protestierenden zu verzichten und weitere Gutachten über die Gefahrenquellen des Atomkraftwerks einzuholen. Im März 1977 hob das Verwaltungsgericht Freiburg die Baugenehmigung mit dem Argument, der Berstschutz des Reaktorsicherheitsbehälters sei ungenügend, auf. Durch die Wyhler Ereignisse erlangte der Atomkonflikt nationale Aufmerksamkeit.<sup>32</sup>

Auch für Jungk hatte Wyhl eine besondere Bedeutung, denn durch die von einer Bürgerinitiative im März 1975 gegründete „Volkshochschule Wyhler Wald“, die auf dem Bauplatz ein umfangreiches Kultur- und Informationsprogramm anbot, kam er erstmals mit der Anti-Atomkraft-Bewegung in Berührung. Er hatte von der „Volkshochschule“ eine Einladung erhalten als Referent aufzutreten. Besonders gefiel ihm eine Passage ihres Schreibens: „Wir fänden es gut, wenn gerade Bauern, Winzer oder Frauen von ihren Erfahrungen berichten würden.“ Das wollte er erleben, wie er in seinen Memoiren festhielt, „wollte wie so viele Schreibtischarbeiter unmittelbar wahrnehmen, was die Menschen fühlten und wie sie darüber sprachen“.<sup>33</sup> Den Wyhlern verdankte Jungk eine weitere spannende Erfahrung: einen „Ausflug in stockdunkler Nacht auf einen nahe gelegenen Berg“, um dort für den Piratensender „Dreieckland“ eine Rede zu halten. Es gab nur Mutmaßungen darüber, wie viele der Ansprache gelauscht hatten, aber es hätte sich auf jeden Fall gelohnt, erklärte einer der Radiomacher: „Man weiß, irgendwo in der Luft regt sich Widerspruch. Und irgendwann wagen es dann immer mehr Leute, ihre Meinung offen heraus zu sagen. Das ist die Stimmung, die wir schaffen wollen.“<sup>34</sup>

<sup>32</sup> Vgl. Rucht, *Von Wyhl*, 87; Rucht, *Anti-Atomkraftbewegung*, 249-250.

<sup>33</sup> Jungk, *Trotzdem*, 459; Vgl. auch: Rucht, *Von Wyhl*, 87.

<sup>34</sup> Jungk, *Trotzdem*, 459-460.

In seiner Autobiografie zeigt sich Jungk generell sehr beeindruckt von den Mitteln der Anti-Atomkraft-Bewegung, die es schaffte, eine neue Gegenöffentlichkeit zu etablieren: „Ungleich vielfältiger, aber auch gründlicher und ausdauernder als in der Anti-Atomwaffenkampagne der fünfziger Jahre wurden die unmittelbar Betroffenen informiert und darüber hinaus Unterstützer im ganzen Lande gewonnen. Neue Druck- und Vervielfältigungsverfahren erlaubten die schnelle Herstellung von Flugzetteln, Plakaten, Informationsbroschüren. Es entstand eine vielfältige lokale und regionale ‚Alternativ-Presse‘ mit eigenen, sonst unterdrückten Nachrichten, geschrieben von krischen Laien in einer klaren, sogar derben und oft mundartlichen Sprache ...“<sup>35</sup> Allerdings war sich Jungk sicher, dass die Bewegung es alleine nicht fertiggebracht hätte, einen Meinungsumschwung in der Atomfrage herbeizuführen. Hier seien engagierte MitarbeiterInnen und RedakteurInnen großer Medien zur Seite gestanden, die „gegen den Willen ihrer Vorgesetzten, die Botschaften der Kernkraftkritiker veröffentlicht und weithin hörbar gemacht“<sup>36</sup> haben.

### 3.1.2 Vom lokalen zum nationalen Protest

Ab Mitte der 1970er-Jahre wuchs an fast allen AKW-Standorten der Widerstand. Die lokalen Bewegungen erkannten nun auch, dass es nicht ausreichte, Atomanlagen nur vor der eigenen Haustüre abzulehnen. Dementsprechend lautete ihr Slogan fortan: „Kein Atomkraftwerk in X und anderswo!“<sup>37</sup> Im selben Zeitraum nahm auch die Zusammenarbeit und Vernetzung der einzelnen Initiativen zu, die sich in (über-)regionalen Verbänden, etwa dem „Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz“, zusammenschlossen oder an informellen Landes- und Bundeskonferenzen der AtomkraftgegnerInnen teilnahmen. Das Aktivitätsspektrum der Gruppen war sehr umfassend und reichte von Aufklärungsveranstaltungen über verwaltungsgerichtliche Klagen bis zu Protestkundgebungen und Blockadeaktionen. Auch radikale Gruppierungen aus den Städten schlossen sich den Initiativen

<sup>35</sup> Jungk, *Trotzdem*, 458.

<sup>36</sup> Ebd., 460.

<sup>37</sup> Rucht, *Anti-Atomkraftbewegung*, 250.

immer häufiger an.<sup>38</sup> Die Seite der Atomkraftbefürworter nahm die Anti-Atomkraft-Bewegung ab Mitte des Jahrzehnts ernster, weswegen die Bundesregierung 1976 den „Bürgerdialog Kernenergie“ initiierte, bei welchem KritikerInnen und AnhängerInnen der Atomenergienutzung gleichermaßen zu Wort kommen sollten. Wie Dieter Rucht feststellte, empfand die Mehrzahl der Bürgerinitiativen diesen Dialog als Strategie, nachträglich eine Zustimmung für bereits getroffene Entscheidungen zu erhalten.<sup>39</sup> Gleichzeitig bauten die AtomkraftbefürworterInnen auch auf die Mobilisierung des eigenen Lagers. Einige Gewerkschaften demonstrierten dabei gemeinsam mit den Unternehmen für Atomkraft. Als Argumente zog die Befürworterseite die Angst vor dem Verlust von tausenden Arbeitsplätzen und vor einem technologischen Rückstand heran. Obwohl die Kundgebungen pro Atomkraft in manchen Städten bis zu 40.000 Menschen anzogen, musste die Atomlobby einen Rückschlag hinnehmen: Wegen haltlos gewordener Verbrauchsprognosen musste die Regierung das Atomprogramm für die Periode bis 1985 um rund 50 Prozent reduzieren. Diese Modifikation des Atomprogramms führte aber im Atomkonflikt zu keiner grundsätzlichen Entspannung.<sup>40</sup>

In den Jahren 1976 und 1977 gab es in Brokdorf, Grohnde und Kalkar Masendemonstrationen mit jeweils zehntausenden Menschen. Der Staatsapparat ging gegen angestrebte Bauplatzbesetzungen in Brokdorf und Grohnde nach den Erfahrungen in Wyhl härter vor: Es kam zu blutigen Auseinandersetzungen, die als „bürgerkriegsähnlich“ beschrieben wurden.<sup>41</sup> In seiner Autobiografie hat Jungk die Stimmung in Brokdorf festgehalten: „Wie in Wyhl wollten die Bürgerinitiativen durch die Besetzung des Bauplatzes auf die Gefährdung der ganzen Region ... hinweisen, um dann durch ausdauernden Widerstand einen Verzicht auf das Vorhaben zu erzwingen. Damit diese Rechnung nicht aufgehen sollte, wurden gegen die erste große Kundgebung ... mit Handwaffen, Tränengasgranaten, extra langen Gummi-

<sup>38</sup> Vgl. Rucht, *Von Wyhl*, 86; Rucht, *Anti-Atomkraftbewegung*, 250-251.

<sup>39</sup> Vgl. Rucht, *Von Wyhl*, 88.

<sup>40</sup> Vgl. Rucht, *Anti-Atomkraftbewegung*, 251.

<sup>41</sup> Vgl. Rucht, *Von Wyhl*, 91; Rucht, *Anti-Atomkraftbewegung*, 252.



knüppeln, Wasserwerfern und sogar Spähpanzern ausgerüstete Einheiten der Bereitschaftspolizei aus drei Ländern mobilisiert. Es war die größte Machtdemonstration der inneren Sicherheitskräfte seit Kriegsende. ... Die 2500 Uniformierten, angeblich angetreten, um die Demonstranten zu schützen und Gewalt zu verhindern, wollten in Wahrheit ein Exempel statuieren ..., das abschreckend wirken und weitere Störungen des Atomprogramms durch aufmüpfige Bürger verhindern sollte.“<sup>42</sup> Die erste „große Schlacht um Brokdorf“ sei dann aber weniger dramatisch verlaufen, als zunächst befürchtet worden war; es gab kein Todesopfer. Doch die Szenen, die sich ereigneten, seien dennoch ‚erschreckend‘ und ‚beschämend‘ gewesen. Die brutale Gewaltanwendung der Polizei, die in den Medien heftig kritisiert wurde, führte zu einem neuerlichen Sturm der Entrüstung in der Öffentlichkeit.<sup>43</sup>

Noch härter als in Brokdorf seien die Auseinandersetzungen zwischen AtomkraftgegnerInnen und Polizeikräften in Grohnde gewesen. Der AKW-Bauplatz wurde von den Protestierenden kurz symbolisch besetzt. Ein weiterer Besetzungsversuch im März 1977 verlief blutig und endete schließlich erfolglos, da das Gelände zu einer ‚Festung‘ ausgebaut worden war. Die AtomkraftgegnerInnen richteten daraufhin gegenüber dem abgezaunten Baugelände ein „Anti-Atomdorf“ ein, das nach 72 Tagen von „starken Polizeieinheiten“ geräumt wurde.<sup>44</sup> Der Anti-Atomkraft-Bewegung wurde damit bewusst, dass das Mittel der Bauplatzbesetzung nicht zielführend war. Zudem hatten die Gewaltaktionen – in den Auseinandersetzungen war es zu Übergriffen beider Seiten gekommen – das Anliegen der Bürgerinitiativen bei der Bevölkerung in Misskredit gebracht. Mit dieser Einsicht wandten sich die Initiativen auch offen gegen die von den kommunistischen Gruppierungen eingesetzte Taktik, die Anonymität von Massenveranstaltungen für gewaltsame Auseinandersetzungen zu nutzen. Bei der Großdemonstration gegen den Bau des ‚Schnellen Brüters‘ in Kalkar im September 1977 blieben die Mitglieder der kommunistischen Gruppen in den Vorbe-

<sup>42</sup> Jungk, *Trotzdem*, 461-462.

<sup>43</sup> Vgl. Ebd., 462-463; Rucht, *Von Wyhl*, 89.

<sup>44</sup> Vgl. Rucht, *Von Wyhl*, 90.

reitungsmaßnahmen – anders als in Brokdorf und Grohnde – bereits ohne Einfluss.<sup>45</sup>

Robert Jungk nahm an der Demonstration in Kalkar teil und erlebte dort, wie er meinte, „wie das Fernsehen sich zum Komplizen einer fehlgeleiteten obrigkeitlichen Industriepolitik machen ließ“: „Zu Beginn der Kundgebung kamen die Reporter der Sendung ‚Report‘ zu mir und fragten mich, auf eine Gruppe von nicht einmal hundert Demonstranten unter roten Fahnen deutend, ... ob ich mir nicht wie ein ‚Zauberlehrling‘ vorkomme, der vielleicht, ohne es zu wollen, den Kommunisten Vorschub leiste. ‚In keiner Weise‘, antwortete ich vor der Kamera. ‚Das ist doch nur ein winziges Häuflein. Es hat zwar ein Recht, mit der großen Menge zu protestieren, kann sie aber in keiner Weise lenken oder gar beherrschen.‘ Gesendet wurde aber dann nicht diese Erklärung, sondern eine Bildfolge, die mich besorgt und unruhig im Schatten des Monstrums [Atomanlage] auf und ab gehend zeigte. Dazu eine anonyme Stimme aus dem Hintergrund: ‚Jetzt ist es dem ‚Zauberlehrling‘ doch unbehaglich geworden.‘ Und im Gegenschnitt eine Einstellung, die die ‚rote Gruppe‘ übergroß ins Bild brachte.“<sup>46</sup> Mithilfe eines Anwalts erkämpfte Jungk eine Richtigstellung, die darlegen sollte, dass ihm in der Sendung Gedanken untergeschoben wurden. Die Verlesung der Gegendarstellung war aber wiederum nicht in Jungks Sinne erfolgt: Denn der Sprecher sagte, man müsse die Gegendarstellung senden, könne aber ihren Wahrheitsgehalt nicht garantieren.<sup>47</sup>

### 3.1.3 Neue Aktionsmöglichkeiten – Neue Themen

Während das Atomkraftwerk Kalkar nie in Betrieb ging, sind die Reaktoren in Brokdorf und Grohnde noch heute ans Netz angeschlossen. Da auf direktem Weg – dem Weg der Demonstrationen, Kundgebungen und Besetzungen – das Atomprogramm nicht grundsätzlich zu verhindern war, entwickelte die Anti-Atomkraft-Bewegung andere Aktionsmöglichkeiten. Einige AtomkraftgegnerInnen propagierten fortan Energiesparmaßnahmen und

<sup>45</sup> Vgl. Ebd., 90-91.

<sup>46</sup> Jungk, *Trotzdem*, 468-469.

<sup>47</sup> Vgl. Ebd.

setzten sich für die Entwicklung erneuerbarer Energie ein, andere nahmen einen verfahrensförmigen Widerstand auf und wieder andere bemühten sich um den Aufbau starker Umweltschutzorganisationen und alternativer bzw. grüner Parteien (die Grünen zogen 1983 in den Bundestag ein). Inzwischen war auch innerhalb der Parteien Kritik am Atomprogramm laut geworden, weswegen der Atomkonflikt ins Parlament getragen wurde. Eine 1979 eingesetzte Enquete-Kommission zum Thema „Zukünftige (Kern-)Energiepolitik“ stellte überzeugend dar, dass eine Reduzierung der Atomenergie (bis hin zum vollständigen Verzicht) keine befürchtete Senkung des Lebensstandards und kein wirtschaftliches Desaster hervorrufen würde.<sup>48</sup>

Am Ende der 1970er-Jahre rückte ein neues Thema in den Mittelpunkt, das den Atomkonflikt abermals anheizte und für Jahre beherrschte: im Raum Gorleben sollte ein „integriertes Entsorgungszentrum“ mit einer Wiederaufbereitungsanlage zur Produktion von Plutonium und einer Endlagerstätte für Atommüll errichtet werden. Dem Projekt kam eine gewisse Schlüsselrolle zu, da von seiner Verwirklichung der weitere Ausbau des Atomprogramms abhängig gemacht wurde.<sup>49</sup> Nach Bekanntwerden der Pläne starteten die AtomkraftgegnerInnen unmittelbar Proteste. Einen bedeutenden Aufschwung erlebten ihre Aktionen infolge des Unfalls vom März 1979 im Atomkraftwerk Three Mile Island bei Harrisburg (USA). Der Störfall traf zufälligerweise mit einem vom Atomphysiker Carl Friedrich von Weizsäcker veranstalteten, internationalen Symposium zu Wiederaufbereitungsanlagen und einer von der Anti-Atomkraft-Bewegung organisierten Riesendemonstration in Hannover (Ort des Symposiums) zusammen. Der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht sah sich daraufhin gezwungen, vom Gorleben-Projekt zurückzutreten.<sup>50</sup> In Gorleben wurde schließlich keine Wiederaufbereitungsanlage eingerichtet, doch befindet sich dort ein Zwischenlager für Atommüll. Gegen die Castor-Transporte (Transporte von radioaktivem Material) nach Gorleben regt sich bis in die Gegenwart beharrlich Widerstand.

<sup>48</sup> Vgl. Rucht, *Anti-Atomkraftbewegung*, 252.

<sup>49</sup> Vgl. Rucht, *Von Wyhl*, 99.

<sup>50</sup> Vgl. Radkau, *Die Ära*, 370.

Nach einer neuerlichen Standortsuche für die Wiederaufbereitungsanlage, bei der in jeder vorgesehenen Region sofort ein Proteststurm losbrach, wurde schließlich das bayerische Wackersdorf ausgewählt. Für Wackersdorf hatten die bis dahin stabilen politischen Verhältnisse in der Region gesprochen, „die auf eine größere Akzeptanz und eine geringere Protestbereitschaft der Bevölkerung als anderswo schließen ließen“.<sup>51</sup> Doch auch in und um Wackersdorf kam es zu heftigem Widerstand; bereits mit der Verdichtung der Gerüchte, dass Wackersdorf ‚ausgewählt‘ werden könne, entstand im Jahr 1981 eine Bürgerinitiative gegen das Projekt (zu diesem Zeitpunkt war der Standort Dragahn nahe Gorleben noch nicht vollständig ausgeschlossen). Die Intensität der folgenden Auseinandersetzungen rührte laut Kretschmer und Rucht daher, dass während der langjährigen Standortsuche die Frage der Wiederaufbereitung zu einem Anliegen der gesamten Anti-Atomkraft-Bewegung sowie Gegenstand wissenschaftlicher und politischer Kontroversen geworden war. Die Betroffenheit reichte daher weit über die Ortsgrenzen von Wackersdorf hinaus. Außerdem stand der Protest auch unter dem Eindruck der Neuen Friedensbewegung und des Kampfes gegen die Nachrüstung, da sich das bei der Wiederaufbereitung erzeugte Plutonium als Material für die Herstellung von Bomben eignete.<sup>52</sup> Neben Großdemonstrationen wurde auf verfahrensförmigen Widerstand, u. a. über das Mittel des Sammeleinspruches, gesetzt.<sup>53</sup> Mitte der 1980er-Jahre rückten direkte Aktionen in den Mittelpunkt der Protestbewegung: die AtomkraftgegnerInnen führten Mahnwachen und Platzbesetzungen in Wackersdorf durch, wobei schließlich Wasserwerfer und Reizstoffe gegen die DemonstrantInnen eingesetzt wurden.

Die Katastrophe von Tschernobyl im April 1986 erhöhte die Protestbereitschaft. Jungk beschrieb die Stimmung nach dem ukrainischen Super-GAU

<sup>51</sup> Kretschmer, W. u. D. Rucht. (1987). Beispiel Wackersdorf: Die Protestbewegung gegen die Wiederaufbereitungsanlage. Gruppen, Organisationen, Netzwerke. In: R. Roth u. D. Rucht (Hg.), *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland*. 134-163. Frankfurt/M.: Campus, hier: 140.

<sup>52</sup> Vgl. Radkau, *Die Ära*, 371.

<sup>53</sup> Vgl. Kretschmer u. Rucht, *Beispiel*, 140-141.

folgendermaßen: „Zum ersten Mal erlebten jetzt die Europäer am eigenen Leib, welche ganz persönlichen Risiken ihnen der versagende Fortschritt aufbürdete, und die schon fast eingeschlafene Anti-Atom-Kampagne bekam neuen Aufwind.“<sup>54</sup> Mobilisierungsaufrufe waren unnötig geworden, da ohnehin jedes Wochenende tausende Menschen zum Bauzaun in Wackersdorf strömten.<sup>55</sup> Am Widerstand gegen die Wiederaufbereitungsanlage beteiligten sich auch führende Politiker von Land und Stadt Salzburg, da ihnen bewusst war, dass ein Atom-Unfall im nahen Bayern unmittelbare Auswirkungen auf die eigene Region hätte. Am ‚Alten Markt‘ wurde deswegen ein Mahnmal aufgestellt und auf einem (so gut wie) endlosen Papierband wurden tausende Unterschriften gesammelt. Sogar die ÖVP, sozusagen die Schwesterpartei der bayerischen CSU, die ursprünglich für den Bau war, sprach sich gegen die Anlage aus. Jungk kommentierte dies so: „Zum ersten Mal in meinem Leben war ich in Übereinstimmung mit einer Regierung. Hatte ich vielleicht etwas falsch gemacht? Ließ ich mich nun auch vereinnahmen? Nein, ich konnte mir sagen, daß nicht ich mich der Macht angepaßt hatte, sondern sie sich meiner Position genähert hatte ...“<sup>56</sup> In Wackersdorf wurden die Proteste bis zum Verzicht auf das Projekt im Frühjahr 1989 beharrlich weitergeführt. Als Ersatz für den eingestellten Bau wurden dann Verträge zur Wiederaufbereitung in La Hague (Frankreich) und Sellafield (Großbritannien) abgeschlossen.<sup>57</sup>

Ebenfalls heftiger Widerstand regte sich im Jahr 1986 gegen die Atomanlage in Hanau bei Frankfurt, die Plutonium herstellte, welches sowohl als Brennstoff wie als Explosivstoff verwendet werden konnte. Für die Großkundgebung am 8. November war Robert Jungk eingeladen worden. „Diejenigen, die mich dort als Hauptredner wünschten, weil ich seit langem auf die meist verschwiegenen Zusammenhänge von ziviler und militärischer Nukleartechnik hingewiesen hatte, stießen aber auf entschiedenen Wider-

<sup>54</sup> Jungk, *Trotzdem*, 497.

<sup>55</sup> Vgl. Kretschmer u. Rucht, *Beispiel*, 143.

<sup>56</sup> Jungk, *Trotzdem*, 512.

<sup>57</sup> Vgl. Rucht, *Anti-Atomkraftbewegung*, 253.

stand vieler ‚Autonomer‘.<sup>58</sup> Von diesen internen Meinungsverschiedenheiten und dass er den ‚Autonomen‘ „zu ... gewaltfrei“<sup>59</sup> war, erfuhr er erst vor Ort, wo er noch versuchte, mit den „Vermummten des ‚schwarzen Blocks‘“ zu sprechen und sie von gewalttätigen Sonderdemos abzuhalten. „Die ‚Autonomen‘ konnten nicht wissen, daß ich besonders an diesem Nachmittag ihrer rabiatischen und aggressiven Stimmung näher war denn je. In den Fröhnachrichten hatte ich von der Chemiekatastrophe in Basel gehört, durch die gewaltige Giftmengen in den Rhein geraten waren, und anschließend die arroganten Stellungnahmen der Verursacher des Unglücks vernommen ...“<sup>60</sup> Auf dem Weg zur Rednertribüne lernte Jungk schließlich noch eine Wissenschaftlerin kennen, die nach Tschernobyl gereist war, um sich ein Bild von der Lage zu verschaffen. Was sie ihm erzählte, machte ihn dermaßen betroffen, dass er „schlicht verzweifelt“ die Tribüne betrat. Von seiner Rede wurde hauptsächlich der Schlusssatz bekannt, der auch ein juristisches Nachspiel haben sollte: „Macht kaputt, was Euch kaputt macht!“<sup>61</sup> Dass es sich dabei um ein Zitat eines Spruches der Studentenbewegung handelte, wurde ebenso wenig erwähnt wie die Tatsache, dass Jungk den Satz nicht als Aufforderung zu physischer Gewalt verstanden hatte, „sondern nur als eindringliche Mahnung zu einem entschiedenen Widerstand, dessen Stärke dem Grad der Unterdrückung entsprechen müsse“.<sup>62</sup> Seine Ansprache schloss er Aufzeichnungen zufolge zunächst mit sanften Tönen: „Wir wollen die Erde bewahren. Darum sind wir hier. Alle, ob wir nun Gewaltfreie oder Militante sind. Da sind wir uns einig.“ Zuletzt hängte er das „Macht kaputt“-Schlusswort an. „Ich habe die letzten Worte fast geschrien. Es war ein Ruf der Wut gegen die Gleichgültigkeit der Mächtigen ...“<sup>63</sup>

<sup>58</sup> Jungk, *Trotzdem*, 497.

<sup>59</sup> Greffrath, M. (1988). *Robert und der Schwarze Block*. In: Die Zeit, Nr. 17 v. 22.04.1988. (Online abrufbar: <http://www.zeit.de/1988/17/robert-und-der-schwarze-block>)

<sup>60</sup> Jungk, *Trotzdem*, 498.

<sup>61</sup> Ebd., 499.

<sup>62</sup> Jungk, *Trotzdem*, 499.

<sup>63</sup> Ebd., 500.

Obwohl er die Worte später als politisch unklug bezeichnete, sei seine Provokation nützlich gewesen, denn der Prozess wegen Landfriedensbruchs bot ihm ein Forum, die Motive der Neuen Friedensbewegung, in der er sich engagierte, einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen. Denn für den „Angeklagten Jungk“ hätten sich mehr interessiert als für den „Publizisten Jungk“. <sup>64</sup> Jungk erfuhr während der Verhandlungen sehr viel Zuspruch – für die zahlreichen Blumengeschenke wurden Plastikeimer aufgestellt –, und selbst der Richter gab zu, die Bücher des Angeklagten gelesen zu haben und von seiner prinzipiellen Gewaltlosigkeit überzeugt zu sein. Zu einem Freispruch kam es dennoch nicht, da die Verhandlung wegen eines Befangenhheitsantrags vertagt und nicht wieder aufgenommen wurde – ein Schöffe war nicht nur in einem Abhängigkeitsverhältnis zu einem Atombetrieb gewesen, sondern auch Mitglied jenes CDU-Kreisverbandes, der einen Strafantrag gegen Jungk gestellt hatte. <sup>65</sup>

### 3.1.4 Zusammenfassung und Ausblick

Wie Dieter Rucht festhielt, hatte die deutsche Anti-Atomkraft-Bewegung mit ihrem Widerstand in Wackersdorf und andernorts die politischen und finanziellen Kosten zur Weiterführung des Atomprogramms dermaßen hochgeschraubt, dass es Ende der 1980er-Jahre zu einem de facto-Moratorium kam. <sup>66</sup> Die Mobilisierung der Bewegung erreichte in den späten 1970er-Jahren eine große Breite und nahm nach vorübergehender Abnahme Mitte der 1980er wieder zu. Schließlich kulminierte sie 1986 (in Folge des Reaktorunfalls in Tschernobyl) in Wackersdorf. Obwohl sie zunächst einer gewaltigen, geschlossenen Front aus Politik, Industrie und wissenschaftlichen Experten gegenüberstand und gegen eine festgeschriebene Energiepolitik mit bereits etablierten Atomanlagen ankämpfen musste, war sie die ausschlaggebende Kraft, die Atomprogramme „auf dem Niveau der frühen 80er Jahre einzufrieren“. <sup>67</sup> Bis in die Gegenwart beweist

<sup>64</sup> Vgl. Ebd.

<sup>65</sup> Vgl. Greffrath; *Robert; Jungk, Trotzdem*, 500f.

<sup>66</sup> Vgl. Rucht, *Anti-Atomkraftbewegung*, 253.

<sup>67</sup> Ebd., 264

die deutsche Anti-Atomkraft-Bewegung ein enormes, anlassbezogenes Mobilisierungspotential – man denke an die Proteste gegen die seit den 1990er-Jahren durchgeführten Castor-Transporte oder die Demonstrationen in Folge der Nuklearkatastrophe von Fukushima im März 2011. Diese „Zähigkeit, mit der sich diese Bewegung über Jahrzehnte hielt und auch den Generationenwechsel und das abnehmende Interesse der Medien überdauerte“, bezeichnet der Umwelthistoriker Joachim Radkau als im internationalen Vergleich „singulär“.<sup>68</sup> Die deutsche Regierung hat sich nach dem japanischen Desaster für einen gänzlichen Atomausstieg – wie er um die Jahrtausendwende bereits einmal vereinbart gewesen war – bis zum Jahr 2022 ausgesprochen.

### 3.2 Robert Jungk und die österreichische Anti-Atomkraft-Bewegung

Auf österreichischem Gebiet gab es zwei Brennpunkte des Atomkonflikts: Zunächst führten umfangreiche Protestmaßnahmen tausender Menschen gegen den Bau des Atomkraftwerkes in Stein/St. Pantaleon 1974/75 zu einer Aufschiebung des Projektes, bis es durch das Atomsperrgesetz vom Dezember 1978 obsolet wurde. Zudem – vom Erfolg in St. Pantaleon bestärkt – machte sich die Anti-Atomkraft-Bewegung in den Jahren 1976/77 für eine Verhinderung der Inbetriebnahme des bereits erbauten Atomkraftwerkes Zwentendorf stark. Auch hier setzten sich schließlich die AtomgegnerInnen – mit einer knappen Mehrheitsentscheidung bei der Volksabstimmung im November 1978 – durch.

Obwohl Österreich keinen unmittelbaren Bedarf an Atomenergie hatte – mit der Wasserkraft konnte ein Stromausfuhrüberschuss erzeugt werden –, wurde ab 1960 über einen Eintritt ins „Atomzeitalter“ nachgedacht. Die von der Elektrizitätswirtschaft mit einem umfassenden Gutachten beauftragte „Geologische Bundesanstalt Wien“ stellte 1962 fest, dass der Raum Zwentendorf, der später als Bauplatz ausgewählt wurde, für die Errichtung eines Atomkraftwerkes „nicht geeignet“ sei. Das Gutachten wurde jahrelang geheim gehalten und die Öffentlichkeit von wichtiger Information zum

<sup>68</sup> Radkau, *Die Ära*, 211.



Vorhaben systematisch ausgeschlossen. Auf Grundlage des „Strahlenschutzgesetzes“ von 1969 stand den Betroffenen des Atomprogramms in den Genehmigungsverfahren auch keine Parteistellung zu.<sup>69</sup> Vor dem Hintergrund der fehlenden Informiertheit der Bevölkerung verwundert es nicht, dass sich vorerst nur im Kleinen Widerstand regte: Ende der 1960er-Jahre formulierte etwa der Arzt Rudolf Drobil ein Memorandum, in dem er die technisch-physikalischen Gefahren und die biologisch-medizinisch-ökologischen Einwände gegen den Bau von Atomkraftwerken zusammenfasste. Ein halbes Jahr vor dem offiziellen Baubeschluss wurden von Wiener Wissenschaftlern und Umweltschützern zwei Sternfahrten nach Zwentendorf und Protestkundgebungen beim Baugelände veranstaltet.<sup>70</sup> Bei Baubeginn im Jahr 1971 demonstrierten einige Personen am Bauplatz und sammelten hunderte Unterschriften gegen das Projekt. Diese und andere verstreute Warnungen und Proteste wurden von der breiten Öffentlichkeit jedoch nicht ernstgenommen, da sich alle Parteien, Fachleute und Meinungsmacher ausschließlich positiv über die Kernenergie äußerten und die Medien die Einwände der KritikerInnen nicht aufnahmen.<sup>71</sup>

### 3.2.1 Die Anti-Atomkraft-Bewegung entsteht

Dass sich Mitte der 1970er-Jahre trotzdem eine erfolgreiche Anti-Atomkraft-Bewegung entwickeln konnte, verbindet Erich Kitzmüller mit dem Einfluss der Widerstandsbewegungen im Ausland, der Erfahrung des Protestes gegen das Atomkraftwerk Rüthi an der schweizerisch-österreichischen Grenze und mit einem neuen „anti-atomaren Bündnis“ aus NaturschützerInnen, ChristInnen und Linken.<sup>72</sup> Die meisten der schon bestehenden und die in den folgenden Jahren neu entstehenden Gruppierungen schlossen sich in der im Mai 1976 neugegründeten „Initiative österreichischer Atomkraftwerksgegner“ (IÖAG) zusammen. Die Forde-

<sup>69</sup> Vgl. Kitzmüller, E. (1981). Österreich – Verspäteter Atomzweig oder nicht-atomarer Anfänger. In: Mez (Hg.), *Der Atomkonflikt*. 226-248, hier: 227-230.

<sup>70</sup> Vgl. Fehlinger, G. (1979). *Beiträge zur Geschichte der österreichischen Anti-Atomkraftwerksbewegung*. Diplomarbeit. Universität Linz, 38-41.

<sup>71</sup> Vgl. Kitzmüller, *Österreich*, 235; Fehlinger, *Beiträge*, 38-41.

<sup>72</sup> Vgl. Kitzmüller, *Österreich*, 237-238.

rungen der IÖAG lauteten: „Keine Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf. Kein AKW anderswo in Österreich. Keine Atomwülagierung in Österreich. Kein Atomkraftwerk an Österreichs Grenzen.“<sup>73</sup> Da in der IÖAG ein Großteil der aktiven KernkraftkritikerInnen aller politischen Richtungen organisiert war, hatte sie einen legitimen Anspruch, die AtomgegnerInnen des österreichischen Volkes gegenüber der Regierung zu vertreten. Von der Regierung wurde sie auch anerkannt.<sup>74</sup>

Die Aktionen der Anti-Atomkraft-Bewegung waren, mitunter aus Mangel an finanziellen Mitteln, unkonventionell: Sie reichten von einem Hungerstreik der „Mütter gegen Atomkraftwerke“ vor dem Bundeskanzleramt, über Spiel- und Theatergruppen bis zum Singen von G‘Stanzln und Widerstandsliedern mit prominenter Unterstützung. Einig war man sich im Grundsatz, auf Gewalt und Besetzungen des Bauplatzes zu verzichten.<sup>75</sup> Dass die Arbeit der Anti-Atomkraft-Bewegung aber nicht immer konfliktfrei verlief, kann am Beispiel der internen Auseinandersetzungen in der IÖAG dargestellt werden: Zu Beginn des Jahres 1978 formulierte der heutige Obmann der „Plattform gegen Atomgefahren Salzburg“ (PLAGE) Heinz Stockinger einen offenen Brief an das Salzburger Komitee der IÖAG. Darin äußerte er seinen Wunsch nach einer Grundsatzdebatte über die Gleichberechtigung verschiedenervertretener Meinungen in der IÖAG. Anstoß für seine Überlegungen haben die Äußerungen von Bertram Ortner, einem Mitglied des Kommunistischen Bundes, gegeben, der in seiner Rede bei der Abschlusskundgebung einer Demonstration im Jänner 1978 für die Anti-Atomkraft-Bewegung wichtige Leute „verächtlich“ gemacht habe. Ortner hatte u. a. Robert Jungk und Freda Meissner-Blau (spätere Obfrau des Grünen Klubs und Bundespräsidentenskandidatin) als ‚Feinde der Technik‘ dargestellt, weshalb Stockinger entgegnete: „Ich finde es einen Unsinn, Leute verächtlich zu machen – wie Robert Jungk, Freda Meissner-Blau –, die besser, eindringlicher als irgendjemand von uns den Menschen begreiflich zu machen verstehen, weshalb wir keine Atomkraftwerke brauchen, weshalb sie nicht

<sup>73</sup> Kitzmüller, *Österreich*, 239.

<sup>74</sup> Vgl. Fehlinger, *Beiträge*, 100.

<sup>75</sup> Vgl. Kitzmüller, *Österreich*, 243-245.

zum Nutzen der Bevölkerung sind.“<sup>76</sup> Stockinger ging in seinem Brief noch auf weitere Punkte Ortner ein, die er kritisierte. Es gab aber auch heftigere Auseinandersetzungen innerhalb der IÖAG. Nach Bekanntgabe des Entschlusses zur Volksabstimmung über Zwentendorf spaltete sich etwa – wegen interner Widersprüche – im Juli 1978 eine Gruppe von der IÖAG ab und gründete unter Obmann Alexander Tollmann (Professor für Geologie) eine neue Dachorganisation: die „Arbeitsgemeinschaft Nein-zu-Zwentendorf“. Das Ehrenpräsidium dieser Gruppe setzte sich aus zahlreichen prominenten Persönlichkeiten aus Kultur und Wissenschaft zusammen. Auch Robert Jungk gehörte diesem Gremium an. Neben den Ehrenmitgliedern schlossen sich Bürgerinitiativen und andere Anti-Atom-Gruppierungen an.<sup>77</sup> Über Jungks Wirken in der österreichischen Anti-Atomkraft-Bewegung ist weiters bekannt, dass er für die AtomgegnerInnen an zahlreichen Podiumsdiskussionen (etwa im ORF oder an der Technischen Universität Wien) teilnahm und bei Protestkundgebungen Ansprachen hielt.<sup>78</sup>

### 3.2.2 Reaktionen der Politik

Unter dem wachsenden Anti-Atomkraft-Protest hatte sich die SPÖ unter Bruno Kreisky bereits im April 1976 gezwungen gefühlt, eine „Informationskampagne Kernenergie“ zu starten. Mit dem Ziel, das Atomprogramm wissenschaftlich und öffentlich zu rechtfertigen, wurde sie ab Oktober 1976 durchgeführt. Es erfolgte zwar eine umfassende Information der Bevölkerung, jedoch nicht im Sinne der Veranstalter: Zu den Veranstaltungen in allen Bundesländern wurden auch AtomgegnerInnen auf die Podien eingeladen. Für sie stellten diese Diskussionsforen eine gute Möglichkeit dar, ihre Anliegen einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen, und tatsächlich

<sup>76</sup> Stockinger, H. (1978). Offener Brief an das Salzburger Komitee der IÖAG v. 23.01.1978 (Kopie einer Abschrift). Besten Dank an Heinz Stockinger für die Bereitstellung.

<sup>77</sup> Vgl. Fehlinger, *Beiträge*, 102; Tollmann, A. (1983). *Desaster Zwentendorf*. Wien: Ketterl, 136-137, 242-243.

<sup>78</sup> Vgl. Halbrainer, H., E. Murlasits u. S. Schönfelder (Hg.). (2008). *Kein Kernkraftwerk in Zwentendorf! 30 Jahre danach*. Weitra: publication PN°1, Bildmaterial; Stockinger, *Offener Brief*; Tollmann, *Desaster*, 58.

erhielten sie in Folge der Veranstaltungen Zuwachs. Doch statt auf die zunehmende Kritik einzugehen, bekräftigten die Spitzengremien der beiden Großparteien und des Gewerkschaftsbundes ihren Willen, das Atomprogramm durchzuziehen.<sup>79</sup> Mittlerweile begann aber auch innerhalb der Großparteien und des Gewerkschaftsbundes die Meinungsfront zu bröckeln: Mitte des Jahres 1977 standen überfraktionelle „Gewerkschafter gegen Atomkraftwerke“ gegen den undemokratischen Beschluss der Gewerkschaftsführung ‚pro-Atom‘ zu sein auf, und ab Mitte 1978 nahmen auch die „Sozialisten gegen Atomenergie“ – zu ihren Mitgliedern gehörte mitunter der Sohn des Bundeskanzlers, Peter Kreisky – Abstand von der parteiintern vorgegebenen Meinung. Die Anti-Atomkraft-Bewegung wurde somit um zwei wichtige Gruppierungen reicher.<sup>80</sup> Für die Regierung gab es – nachdem sich schließlich auch die ÖVP weigerte, das gemeinsam aufgebaute Atomprogramm vor den WählerInnen offiziell mitzutragen – nur mehr einen Ausweg, das Vorhaben doch noch demokratisch zu legitimieren: mithilfe einer Volksabstimmung. Dies erschien als sicherer Weg, da den Meinungsumfragen zufolge die Mehrheit mit ‚Ja‘ stimmen würde.<sup>81</sup>

### 3.2.3 Die Volksabstimmung vom 5. November 1978

Während die Regierung und Kraftwerksbetreiber Werbeanzeigen in Millionenhöhe schalteten, betrieben die AtomgegnerInnen mit persönlichem Einsatz Aufklärungs- und Mobilisierungsarbeit, um die Bevölkerung von einem ‚Nein‘ zu Zwentendorf zu überzeugen. Die Volksabstimmung am 5. November 1978 ging, bei einer Wahlbeteiligung von 64 %, entgegen den Erwartungen mit einem knappen Ergebnis (50,4 %) gegen die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes aus.<sup>82</sup> Die Feier am Wiener Stephansplatz nach der für die Anti-Atomkraft-Bewegung erfolgreichen Abstimmung kommentierte Robert Jungk in seiner Autobiografie: „Da war ich mir sicher,

<sup>79</sup> Vgl. Kitzmüller, *Österreich*, 240-241.

<sup>80</sup> Vgl. Ebd., 243-245; Tollmann, *Desaster*, 245.

<sup>81</sup> Vgl. Kitzmüller, *Österreich*, 245-247.

<sup>82</sup> Vgl. Ebd.

daß endlich eine Zeit begonnen hatte, in der ‚Jedermann‘ sich erfolgreich gegen die mächtigen Technokraten durchsetzen würde.“<sup>83</sup>

### 3.2.4 Zusammenfassung und Ausblick

Die Anti-Atomkraft-Bewegung konnte durch ihre Protestmaßnahmen und Überzeugungsarbeit in Österreich einen Sieg auf ganzer Linie erreichen: Von den im Energieplan von 1976 drei vorgesehenen Atomkraftwerken wurde nur jenes in Zwentendorf errichtet; es ging jedoch nie in Betrieb.<sup>84</sup> Das vom Nationalrat beschlossene „Atomsperrgesetz“ von 1978 wurde im Jahr 1999 als Gesetz „für ein atomfreies Österreich“ in den Verfassungsrang gehoben. Neben dem Verbot der Errichtung von Anlagen zur Kernspaltung für die Energiegewinnung sind die Stationierung, Herstellung sowie der Transport von Atomwaffen auf österreichischem Gebiet untersagt, ebenso wie die Beförderung von spaltbarem Material, das der Energiegewinnung dient oder der Entsorgung zugeführt wird.<sup>85</sup>

### 3.3 Der „Atomstaat“ als Standardwerk der Anti-Atomkraft-Bewegung

*„Meine Sorge ist nicht nur eine Sorge um die Umwelt, ist nicht nur eine Sorge um die Gesundheit, sondern auch eine Sorge um die Demokratie. Wir sind bereits auf dem Weg in den Atomstaat. Und der Atomstaat, das bedeutet Überprüfung jedes einzelnen, Bewachung jedes einzelnen, und wenn man so will, von der atomaren Energie her sogar berechnete Überwachung,*

<sup>83</sup> Jungk, *Trotzdem*, 471-472, siehe auch: 445-446. ‚Jedermann‘ war der Wunschtitel Jungks für sein schließlich als „Der Jahrtausendmensch“ erschienenenes Buch. Der Begriff sollte ausdrücken, dass jeder Mensch Begabungen und Kräfte habe, die für das gesellschaftliche System von Nutzen seien. Diese „Schöpferkraft“ sei aber bislang nicht herangezogen worden, weil es dem System nur um „gut laufend[e] Rädchen für ihre unermüdlich produzierenden und gewinnbringenden Technostrukturen“ gehe.

<sup>84</sup> Vgl. Kitzmüller, *Österreich*, 233.

<sup>85</sup> Vgl. Bundesverfassungsgesetz für ein atomfreies Österreich. BGBl. I Nr. 149/1999. (Online abrufbar: <http://www.ris.bka.gv.at/Ergebnis.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Titel=Bundesverfassungsgesetz+%f%C3%BCr+ein+atomfreies+%C3%96sterreich&VonParagraf=0>)

*weil diese Energie und diese Kräfte, die es dort gibt, so gefährlich sind, daß tatsächlich alles beschützt und jeder bewacht werden muß.*<sup>86</sup>

Es ist heute nicht mehr mit vollkommener Sicherheit festzustellen, wann Jungk den Begriff „Atomstaat“ zum ersten Mal benutzte. Unbestreitbar war er nicht am Schreibtisch vorbereitet worden, sondern eine plötzliche Eingebung während eines Aufenthalts Jungks in Brokdorf. Aus Mathias Greffraths Artikel in der „Zeit“ vom Mai 2011 geht hervor, dass Jungk einst erklärt hatte, im Herbst 1976 zum ersten Mal vom „Atomstaat“ gesprochen zu haben, als er in Brokdorf die anwesende Polizei „mit ihren Helmen und Stöcken und Hunden“<sup>87</sup> sah. Unmittelbar sei ihm Eugen Kogon eingefallen: „Wie viele von uns hatte ich Eugen Kogons ‚SS-Staat‘ gelesen und das Buch als eine der überzeugendsten Darstellungen des nationalsozialistischen Gewaltregimes empfunden. Da mich der unheimliche und stetige Vormarsch der technokratischen Elite im bundesrepublikanischen Deutschland immer deutlicher an die unseligen früheren Zeiten erinnerte, konnte ich in diesem Schlagwort eine verhängnisvolle historische Parallele verdeutlichen.“<sup>88</sup> In seiner Autobiografie siedelte Jungk die erste Formulierung des Begriffs „Atomstaat“ ein paar Monate später bei einer Rede im Rahmen der Großkundgebung in Itzehoe nahe Brokdorf am 19. Februar 1977 an.<sup>89</sup> Populär wurde der Begriff schließlich dadurch, dass Rudolf Augstein, Gründer des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“, ihn in einem Artikel wenige Tage nach der Veranstaltung in Itzehoe aufgriff. Augstein führte anhand der in der Zwischenzeit publik gewordenen ‚Affäre Traube‘ aus, wie weit der „Atomstaat“ schon fortgeschritten sei und wie stark er vom Rechtsstaat abweiche. Klaus Robert Traube war ein führender Atomwissenschaftler und Geschäftsführer der Interatom GmbH gewesen, der aufgrund falschen

<sup>86</sup> Jungk, zitiert nach: Augstein, R. (1977). *Atomstaat oder Rechtsstaat*. In: Der Spiegel, Nr. 10/1977. 29-34, hier: 29. (Online abrufbar: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-40941939.html>)

<sup>87</sup> Jungk, zitiert nach: Greffrath, M. (2011). *Zorn der Vernunft. Kämpfer, Skeptiker, Aufklärer: Erinnerungen an die Avantgardisten der Anti-Atom-Bewegung*. In: Die Zeit, Nr. 21 v. 19.05.2011. (Online abrufbar: <http://www.zeit.de/2011/21/Anti-Atomkraft-Avantgarde>)

<sup>88</sup> Jungk, *Trotzdem*, 463.

<sup>89</sup> Vgl. Ebd.

Verdachts monatelang vom Verfassungsschutz bespitzelt worden war.<sup>90</sup> Jungk sah seine Annahme, die bürgerlichen Freiheitsrechte würden im Zeitalter der Atomindustrie verfallen, überraschend schnell bestätigt.<sup>91</sup>

Es blieb nicht bei der Verwendung des Begriffs „Atomstaat“ in Ansprachen, sondern Jungk wandte sich in Folge einem Buchprojekt unter demselben Titel zu. In dieses Werk flossen die Erfahrungen seiner letzten Reisen ein: Jungk hatte für seine Recherchen sowohl AtomgegnerInnen als auch -befürworter, Anti-Atomgruppen und Kraftwerksbetreiber getroffen. Mit „Der Atomstaat. Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit“, das noch im Jahr 1977 erschien, war ihm ein Bestseller gelungen, der bis heute in wissenschaftlichen Beiträgen als Standardwerk der Anti-Atomkraft-Bewegung benannt wird.<sup>92</sup> Welche Aktualität manche Thesen dieses Bandes auch in der Gegenwart noch besitzen, konnte an den journalistischen „Atomstaat“-Referenzen im Zuge der Nuklearkatastrophe von Fukushima im Frühling 2011 verfolgt werden.<sup>93</sup> Im Buch wiederholte Jungk seine Bedenken, die Einführung der Atomtechnologie würde Einschnitte in die Demokratie nach sich ziehen: „Aber diese Erfindung der Menschen muß ja zudem so streng wie keine andere vor den Menschen selbst bewahrt werden ... Wollte man versuchen, die Kernkraftanlagen dagegen völlig immun zu machen, so wäre die unausweichliche Folge ein Leben voll Verboten, Überprüfungen und Zwängen, die in der Größe der unbedingten zu vermeidenden Gefahren ihre Rechtfertigung suchen würden.“<sup>94</sup> Der Westen würde sich folglich mit der Tendenz zum „harten Weg“ an die Zwangsmethoden des Ostens anpassen.<sup>95</sup> Weiters wies er auf andere Gefahren hin, die von der sogenannten „friedlichen“ Atomenergienutzung ausgingen: Er berichtete über die AKW-Arbeiter, welche als „Strahlenfutter“ die ersten Opfer der neuen Technolo-

<sup>90</sup> Vgl. Augstein, *Atomstaat*.

<sup>91</sup> Vgl. Jungk, *Trotzdem*, 464.

<sup>92</sup> Vgl. Rucht, *Anti-Atomkraftbewegung*.

<sup>93</sup> Vgl. etwa: Greffrath, Zorn; Holzinger, H. (2011). ‚Lebensfeindliche Energie‘. In: der Standard.at v. 17.03.2011. (Online abrufbar: <http://derstandard.at/1297820681985/Fremde-Feder-Lebensfeindliche-Energie>)

<sup>94</sup> Jungk, *Der Atomstaat*, X.

<sup>95</sup> Vgl. Jungk, *Der Atomstaat*, XV.

gie seien, zeichnete nach, wie Dissidenten der Branche eingeschüchtert würden und legte die Gefahren der Proliferation, der Verwendung von wiederaufbereitetem Material für Atomwaffen, sowie des Atomterrorismus dar.

Einige von Jungks Argumenten wurden von Zeitgenossen durchaus kritisch aufgenommen. So meinte etwa Klaus Traube (jener bespitzelte Atomexperte) in seiner Rezension des „Atomstaats“ im „Spiegel“, dass Jungk gesellschaftliche Folgen einer grundsätzlich ‚übertechnisierten‘ Gesellschaft der Atomtechnik zurechne, obwohl diese hierfür nicht speziell wären. Konkret nannte er hier das Beispiel einer im Anschluss an eine Anti-Atomdemonstration festgenommenen Schweizerin, die wegen „bizarren Verhaltens“ in eine psychiatrische Klinik eingeliefert worden war.<sup>96</sup> Zudem war Traube der Ansicht, Jungk hätte Gegenargumente ignoriert und sich für verkürzende Darstellungen entschieden, etwa wenn er schrieb: „Bisher wuchs über alle Schäden, die die Technik verursacht hatte, nach absehbarer Zeit Gras. ... Das wird nach einer atomaren Großkatastrophe nicht der Fall sein.“<sup>97</sup> Denn Nagasaki oder das Eniwetoki-Atoll, auf welches mehr als zwanzig Atombomben abgeworfen worden waren, so Traube, wären bereits wieder bewohnbar. Außerdem hätten menschliche Eingriffe zu Wüstenbildungen geführt, wo zuvor fruchtbares Land war und der Assuan-Staudamm würde diese „traurige Tradition“<sup>98</sup> fortsetzen. An dieser beinahe polemischen Gegenüberstellung kann man erkennen, dass bei Traube und Jungk zwei sehr unterschiedliche Anschauungen aufeinanderprallten. Auch Jungks Annahme, Atomforscher würden durch Zensur und Pressionen daran gehindert, die Wahrheit zu sagen, war Traube zufolge eine „fundamentale Fehleinschätzung“: „Die überwältigende Mehrheit ist davon überzeugt, mit Akribie an einer Technik zu arbeiten, die wesentlich mehr Sorgfalt als

<sup>96</sup> Vgl. Traube, K. (1977). *Klaus Traube über Robert Jungk: ‚Der Atom-Staat‘. Thesen gegen Supertechnik*. In: *Der Spiegel*, Nr. 53 v. 26.12.1977. 104-107, hier: 105-106. (Online abrufbar: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-40680215.html>)

<sup>97</sup> Jungk, *Der Atomstaat*, 53.

<sup>98</sup> Traube, *Klaus Traube*, 106.



jede andere Großtechnik auf die Verhinderung von Schäden an Umwelt und Menschen verwendet hat.“<sup>99</sup> Obwohl es eine Zeitlang so erschien, als wäre der Widerstand gegen die Kernenergie stark genug, ein Moratorium durchzusetzen, sei auch die Mehrheit der Bevölkerung – so Traube – grundsätzlich vom „Zwillingspaar Wachstum und Supertechnik“<sup>100</sup> überzeugt.

### 3.4 Wie Robert Jungk die Anti-Atomkraft-Bewegung charakterisierte

*„Alle diejenigen, die mit der Bewegung gegen die Kernkraftwerke ausschließlich die Vorstellung von Protest oder gar Gewalt verbinden, sollten verstehen, daß diese Menschen nicht nur ‚Gegner‘ sind, sondern in erster Linie für [Im Original hervorgehoben] etwas eintreten.“<sup>101</sup>*

Robert Jungk hat sich an mehreren Stellen – in seinen eigenen Werken, in einleitenden Worten zu fremden Publikationen – zur Anti-Atomkraft-Bewegung geäußert. Einige seiner auch kritischen Überlegungen und Anregungen sind hier zusammengefasst. Zentral sind die Charakterisierungen der Anti-Atomkraft-Bewegung im Buch „Atomstaat“ von 1977. Jungk war sich bewusst, dass die Anti-Atomkraft-Bewegung (noch) nicht die Mehrheitsmeinung widerspiegelte und beschrieb ihre Entwicklung daher durchaus differenziert. Er nannte sie zwar eine „weltweite Massenbewegung, eine neue Internationale“, doch bezweifelte er noch, „ob eine so spontan entstandene Strömung von Dauer sein, ob sie sich gegen die straff organisierten Institutionen des Staates, die mit reichen Geldmitteln ausgestattete Wirtschaft oder die seit langem funktionierenden Apparate der etablierten Großparteien durchsetzen“<sup>102</sup> könne. Doch niemand könne abstreiten, so Jungk weiter, „daß diese politische Kraft ... überall dort, wo sie auftrat, schon starke Wirkungen erzielt hat“.<sup>103</sup> Ein großer Vorteil der neuen Bewe-

<sup>99</sup> Ebd., 107.

<sup>100</sup> Ebd.

<sup>101</sup> Jungk, *Der Atomstaat*, 203.

<sup>102</sup> Jungk, *Der Atomstaat*, 202.

<sup>103</sup> Ebd.

gung sei, dass es in ihr „keine dominierenden Meinungsführer und Meinungsbilder“ gäbe, „die durch ihre Herrschaft die originale Kreativität der Mitstreiter zum Verschwinden bringen“ würden. Zuletzt gab er noch eine Parole für die weitere Arbeit der Bewegung aus: „Ein ständiger Energiestrom, aus vielen Köpfen und Herzen kommend, soll befreit werden: Menschliche Schöpferkraft statt Atomkraft.“<sup>104</sup>

Im Vorwort zu Wolfgang Sternsteins Darstellung der Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen von 1978 unter dem Titel „Überall ist Wyhl“ wies Jungk auf eine bedeutende Rolle der Anti-Atomkraft-Bewegung hin: Sie würde die eigenen ZeitgenossInnen – „ganz besonders jene, die in Wirtschaft und Staat Entscheidungsbefugnisse haben“ – zwingen, „wieder genauer hinzusehen und hinzuhören“.<sup>105</sup> Dies sei besonders wichtig, da die „Großplanung und Großtechnik“ – ebenso wie Militärstrategen, die sich für militärische Aktionen entscheiden – mit einem wachsenden Abstraktionsgrad konfrontiert seien: Diese „Planer und Entscheidungsträger“ würden „die menschlichen Tragödien, die ihre rational kalkulierten Planungen zur Folge haben, nicht sehen müssen und nicht sehen wollen.“<sup>106</sup> Blickten ihnen hingegen in Reportagen über Anti-Atomproteste „bewegte, bedrängte, beunruhigte Menschengesichter, nicht mehr nur politische Statisten und wirtschaftliche Statistiken, sondern um ihre Anerkennung als atmende, denkende, sprechende Wesen Ringende“<sup>107</sup> entgegen, ginge davon eine starke Wirkung aus. Zugleich warnte er die AtomgegnerInnen davor, nicht im eigenen Klischeedenken haften zu bleiben, sondern selber genau hinzusehen: „Wer den ‚Klassenfeind‘ übergroß und versimpelnd an die Wand malt, hilft ihm, denn er übersieht, wieviel Zweifel, Gewissensqual und immer öfter auch Widerstand sich bei denen rührt, die noch das Sagen haben.“<sup>108</sup>

<sup>104</sup> Alle: Ebd., 209.

<sup>105</sup> Jungk, R. (1978). Vorwort. In: W. Sternstein, *Überall ist Wyhl. Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen*. 3-6. Frankfurt/M.: Haag und Herchen, hier: 4-5

<sup>106</sup> Ebd., 3-4.

<sup>107</sup> Ebd., 3.

<sup>108</sup> Ebd., 5.

Im Jahr 1987 resümierte Jungk schließlich in Wolfgang Ehmkes Buch „Zwischenschritte“ Folgendes über die Anti-Atomkraft-Bewegung: „Ich meine, daß die Anti-Atomkraft-Bewegung nicht nur durch ihre aktive und passive Renitenz Geschichte gemacht hat, sondern auch durch ihre erfolgreichen Bemühungen, die eigene Gefolgschaft, und darüber hinaus Millionen andere, mit warnenden Informationen zu versorgen. Historische Veränderungen können nur dann durchgesetzt werden, wenn sie auch Aufklärung verbreiten.“<sup>109</sup> Abschließend hielt er fest, dass ein neuer Zeitgeist vorherrsche, indem die Hoffnungen und Ziele der Wissenschaftsgläubigen und Technokraten „naiv, einseitig, unverantwortlich“ erscheinen. Es habe „die wirkliche ‚Wende‘ hin zur naturverbunden, schwester- und brüderlichen Gesellschaft schon begonnen“.<sup>110</sup> Bei dieser abschließenden Einschätzung war Jungk wohl etwas zu voreilig gewesen.

#### 4. Ausblick

Mit der deutschen und österreichischen Anti-Atomkraft-Bewegung hatte Robert Jungk – auch wenn nicht alle Forderungen durchgesetzt werden konnten – viele Erfolge feiern können. In den 1980er-Jahren wandte er sich schließlich wieder dem Kampf für die (atomare) Abrüstung in der Neuen Friedensbewegung zu. Bezeichnend für diese Epoche seines Wirkens ist sein Werk „Menschenbeben“ aus 1983, in dem er über diese neue Widerstandsbewegung schreibt. Wiederum war er an den wichtigsten Schauplätzen dabei, beteiligte sich aktiv an den Kundgebungen und Besetzungen (z. B. in Mutlangen, wo gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen protestiert wurde). Doch auch der Anti-Atomkraft-Bewegung blieb Jungk in dieser Zeit treu: 1992 nahm er beispielsweise an der Protestversammlung gegen das tschechische Atomkraftwerk in Temelin teil.<sup>111</sup> Lebte Robert

<sup>109</sup> Jungk, R. (1987). Wir machen Geschichte. In: W. Ehmke (Hg.), *Zwischenschritte. Die Anti-Atomkraft-Bewegung zwischen Gorleben und Wackersdorf*. 13-16. Köln: Kölner Volksblatt Verlag, hier: 15.

<sup>110</sup> Ebd., 16.

<sup>111</sup> Vgl. Jungk, *Trotzdem*, 535-536.

Jungk in der Gegenwart, hätte er mit großer Sicherheit an den Anti-Atomkraftprotesten in Folge der Nuklearkatastrophe von Fukushima letztes Jahr teilgenommen und würde er in Salzburg aktives Mitglied der „Plattform gegen Atomgefahren“ sein.

## 5. Literatur

Augstein, R. (1977). Atomstaat oder Rechtsstaat? In: Der Spiegel, Nr. 10/1977. 29-34. (Online abrufbar: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-40941939.html>)

Bundesverfassungsgesetz für ein atomfreies Österreich. BGBl. I Nr. 149/1999. (Online abrufbar: <http://www.ris.bka.gv.at/Ergebnis.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Titel=Bundesverfassungsgesetz+f%C3%BCr+ein+atomfreies+%C3%96sterreich&VonParagraf=0>)

Buro, A. (2008). Friedensbewegung. In: R. Roth u. D. Rucht (Hg.), Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. 267-291. Frankfurt/M. u. New York: Campus Verlag.

DHM Website, „Göttinger Manifest“, [http://www.hdg.de/le-mo/html/dokumente/JahreDesAufbausInOstUndWest\\_erklaerungGoettingerErklaerung/index.html](http://www.hdg.de/le-mo/html/dokumente/JahreDesAufbausInOstUndWest_erklaerungGoettingerErklaerung/index.html) (zuletzt abgerufen am: 16.02.2012).

Fehlinger, G. (1979). Beiträge zur Geschichte der österreichischen Anti-Atomkraftwerksbewegung. Diplomarbeit. Universität Linz.

Greffrath, M. (1988). Robert und der Schwarze Block. In: Die Zeit, Nr. 17 v. 22.04.1988. (Online abrufbar: <http://www.zeit.de/1988/17/robert-und-der-schwarze-block>)

Greffrath, M. (2011). Zorn der Vernunft. Kämpfer, Skeptiker, Aufklärer: Erinnerungen an die Avantgardisten der Anti-Atom-Bewegung. In: Die Zeit, Nr. 21 v. 19.05.2011. (Online abrufbar: <http://www.zeit.de/2011/21/Anti-Atomkraft-Avantgarde>)

Halbrainer, H., E. Murlasits u. S. Schönfelder (Hg.). (2008). Kein Kernkraftwerk in Zwentendorf! 30 Jahre danach. Weitra: publication PN°1.

Holzinger, H. (2011). ‚Lebensfeindliche Energie‘. In: der Standard.at v. 17.03.2011. (Online abrufbar: <http://derstandard.at/1297820681985/Fremde-Feder-Lebensfeindliche-Energie>)

JBZ Website, Jungks Wirken, <http://www.robertjungk.at/jungkwirken.htm> (zuletzt abgerufen am: 16.02.2012).

Jungk, R. (1958). Ist Vertrauen im Atomzeitalter möglich? Als Beobachter auf der „Dritten Pugwash-Konferenz“ in Kitzbühel. In: Die Zeit v. 25.09.1958. (Online abrufbar: <http://www.zeit.de/1958/39/ist-vertrauen-im-atomzeitalter-moeglich>)

Jungk, R. (1963). Die Zukunft hat schon begonnen. Heller als tausend Sonnen. Strahlen aus der Asche. Bern, Stuttgart u. Wien: Scherz Verlag (Das moderne Sachbuch, 11).

Jungk, R. (1973). Der Jahrtausendmensch. Bericht aus den Werkstätten der neuen Gesellschaft. München: C. Bertelsmann Verlag.

Jungk, R. (1977). Der Atomstaat. Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit. München: Kindler.

Jungk, R. (1978). Vorwort. In: W. Sternstein, Überall ist Wyhl. Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen. 3-6. Frankfurt/M.: Haag und Herchen.

Jungk, R. (1981). Weltweiter Widerstand. Umriss einer informellen Internationale. In: L. Mez (Hg.), Der Atomkonflikt. Berichte zur internationalen Atomindustrie, Atompolitik und Anti-Atom-Bewegung. 8-11. Reinbek b. Hamburg: Rowohlt.

Jungk, R. (1983). Menschenbeben. Der Aufstand gegen das Unerträgliche. München: C. Bertelsmann Verlag.

Jungk, R. (1987). Wir machen Geschichte. In: W. Ehmke (Hg.), Zwischenschritte. Die Anti-Atomkraft-Bewegung zwischen Gorleben und Wackersdorf. 13-16. Köln: Kölner Volksblatt Verlag.

Jungk, R. (1993). *Trotzdem. Mein Leben für die Zukunft*. München u. Wien: Carl Hanser Verlag.

Kitzmüller, E. (1981). Österreich – Verspäteter Atomzweig oder nicht-atomarer Anfänger. In: L. Mez (Hg.), *Der Atomkonflikt. Berichte zur internationalen Atomindustrie, Atompolitik und Anti-Atom-Bewegung*. 226-248. Reinbek b. Hamburg: Rowohlt.

Kretschmer, W. u. D. Rucht. (1987). Beispiel Wackersdorf: Die Protestbewegung gegen die Wiederaufbereitungsanlage. Gruppen, Organisationen, Netzwerke. In: R. Roth u. D. Rucht (Hg.), *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland*. 134-163. Frankfurt/M.: Campus.

Mez, L. (1981). Bundesrepublik Deutschland – Der unaufhaltsame Aufstieg zur Atommacht. In: Ders. (Hg.), *Der Atomkonflikt. Berichte zur internationalen Atomindustrie, Atompolitik und Anti-Atom-Bewegung*. 29-53. Reinbek b. Hamburg: Rowohlt.

Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE) Salzburg Website, <http://www.plage.cc/> (zuletzt abgerufen am: 16.02.2012).

Radkau, J. (2011a). *Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte*. München: Verlag C. H. Beck.

Radkau, J. (2011b). Eine kurze Geschichte der deutschen Antiatomkraftbewegung. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, Nr. 46-47/2011. (Online abrufbar: [http://www.bpb.de/publikationen/751KHV,0,Eine\\_kurze\\_Geschichte\\_der\\_deutschen\\_Antiatomkraftbewegung.html](http://www.bpb.de/publikationen/751KHV,0,Eine_kurze_Geschichte_der_deutschen_Antiatomkraftbewegung.html))

Rucht, D. (1980). *Von Wuhl nach Gorleben. Bürger gegen Atomprogramm und nukleare Entsorgung*. München: Verlag C. H. Beck (Beck'sche Schwarze Reihe, 222).

Rucht, D. (2008). *Anti-Atomkraftbewegung*. In: R. Roth u. D. Rucht (Hg.), *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*. 245-266. Frankfurt/M. u. New York: Campus Verlag.

Stockinger, H. (1978). Offener Brief an das Salzburger Komitee der IÖAG v. 23.01.1978. (Kopie einer Abschrift)

Tollmann, A. (1983). Desaster Zwentendorf. Wien: Ketterl.

Traube, K. (1977). Klaus Traube über Robert Jungk: ‚Der Atom-Staat‘. Thesen gegen Supertechnik. In: Der Spiegel, Nr. 53 v. 26.12.1977. 104-107. (Online abrufbar: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-40680215.html>)

Weiterführende Literatur zur bzw. von der Anti-Atomkraft-Bewegung (Auswahl)

Buchholtz, H.-C. u. a. (1978). Widerstand gegen Atomkraftwerke. Informationen für Atomkraftgegner und solche, die es werden wollen. Wuppertal: Hammer.

Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe. (1977). Brokdorf: Der Bauplatz muß wieder zur Wiese werden! Hamburg: Verlag Association (Politische Ökologie. Materialien zu Umwelt und Gesellschaft, 6).

Cremer, G. (1987). 10 Jahre – Gorleben geht weiter! 22. 2. 1977 – 22. 2. 1987. Lüchow.

Kleinert, U. (Hg.). (1981). Gewaltfrei widerstehen. Brokdorf-Protokolle gegen Schlagstöcke und Steine. Reinbek b. Hamburg: Rowohlt.

Kupper, P. (2003). Atomenergie und gespaltene Gesellschaft. Die Geschichte des gescheiterten Projektes Kernkraftwerk Kaiseraugust. Zürich: Chronos (Interferenzen, 3).

Nössler, B. u. M. de Witt (Hg.). 1976. Wyhl. Kein Kernkraftwerk in Wyhl und auch sonst nirgends. Betroffene Bürger berichten. Freiburg: Inform-Verlag.

Redaktion des AtomExpress (Hg.). 1997. ... und auch nicht anderswo! Die Geschichte der Anti-AKW-Bewegung. Göttingen: Verlag Die Werkstatt.